

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/72

Bonn, den 15. April 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seiten:

Zeilen:

1	Das Bundesverdienstkreuz ----- Eine Anregung Von Günter Markscheffel	51
2	Minus-Bilanz ----- Zur Debatte um den Haushalts des Bundeskanzlers	45
3	Theodor Böhnisch ----- Niedersächsens Bevollmächtigte beim Bund verläßt Bonn	52
4	Frankfurter Programm ----- Nach dem Kongreß der Europa-Union	52
5 - 6	Ein mutiges Wort ----- "Wiener Arbeiterzeitung" zu Südtirol Kein Unterschlupf für den Terror Von Otto Fielhauer - Wien	71

Das Bundesverdienstkreuz

Eine Anregung

Von Günter Markscheffel

Die peinlichen Vorgänge anlässlich der Verleihung und der Rückgabe des Bundesverdienstkreuzes im "Fall Dr. Buetefisch" hat die Öffentlichkeit unliebsam daran erinnert, daß diese höchste in der Bundesrepublik zu vergebende Auszeichnung "für besondere Verdienste beim Aufbau der deutschen Demokratie" vielleicht doch eine gewissenhaftere Prüfung der Würdigkeit der zu dekorierenden Person angebracht erscheinen läßt.

In Zusammenhang mit diesen Überlegungen könnte sicher auch einmal darüber nachgedacht werden, ob wir uns bewußt sind, wieviel Millionen deutsche Frauen in den Hungerjahren vor der Währungsreform "ihren Mann" gestanden haben und an Stelle der gefallenen, vermissten oder noch nicht aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Männer zum Rückgrat unzähliger Familien und dadurch zur Klammer des Zusammenhalts unseres Volkes wurden.

Diese Frauen haben tatkräftig zugepackt. Sie standen "Schlange", um die kargen Lebensmittelrationen für ihre Kinder zu bekommen, sie bestellten brachliegende Felder, erhielten das Geschäft ihres Mannes, räumten Trümmer weg & mit einem Wort: Sie waren trotz Hoffnungslosigkeit, Not und Tränen die wahren Bürger des demokratischen Wiederaufbaus.

Ein Erlebnis Ende 1945: In einer fast völlig zerstörten Fabrik wühlten etwa 150 verstaubte und verkohlte Frauen mit Spitzhacken und Schaufeln in den Trümmern. Es schien, als wollten sie nach Kohleresten suchen, um etwas Heizmaterial nach Hause bringen zu können. Auf einmal hörte man mehrere Frauen laut rufen. Freudig erregt liefen alle Frauen zusammen. Eine Gruppe hatte scheinbar intakte Teile einer Maschine unter den Trümmern entdeckt, und alle schickten sich nun an, den Fund vom Schutt zu befreien.

Ein alter Arbeiter kam hinzu. Der Beobachter dieser Szene erfuhr: "Die Frauen haben gehört, daß unter den Trümmern noch gut erhaltene Maschinenteile sein sollen. Da sind sie gekommen und haben gesagt, sie wollten diese Teile ausgraben, säubern und im Hof des Werkes zusammenlegen, damit ihre Männer, wenn sie aus der Gefangenschaft zurückkommen, gleich wieder mit der Arbeit anfangen können. Wir zahlen den Frauen kaum etwas, eigentlich nur eine warme Suppe pro Tag!"

Wenn man richtig überlegt, haben diese Frauen, und nicht nur jene in der ausgebombten Fabrik, das Bundesverdienstkreuz verdient. Denn ihnen verdanken es viele Männer, daß sie das Heim, die Familie, den Hof und oft sogar die Arbeitsstätte wieder einigermaßen intakt vorfanden.

Hat man diesen Frauen schon dafür gedankt? Könnte man nicht einigen von ihnen das Bundesverdienstkreuz verleihen? Es sollte nicht schwer sein, hier und dort eine Frau zu finden, die - stellvertretend für Millionen ihrer Schwestern - "für besondere Verdienste beim Aufbau der deutschen Demokratie" geehrt werden könnte.

Diese Frauen sind meist anonym geblieben. Nur ganz wenige von ihnen haben später im öffentlichen Leben eine Rolle gespielt; die anderen sind nach der Heimkehr ihrer Männer aus der Kriegsgefangenschaft wieder zu ihrer Arbeit in der Familie zurückgekehrt.

Wir meinen, daß es sinnvoll wäre, und uns alle ehren würde, wenn die Repräsentanz unseres Staates in geeigneter Form einmal auch jene mit der höchsten Auszeichnung der Bundesrepublik bedenken würde, denen wir zu einem guten Teil den Zusammenhalt unseres Volkes nach der Katastrophe zu verdanken haben.

Minus-Bilanz

Wer - nach dem Grundgesetz bestimmt der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik. Bestimmt sie Erhard, der zweite Bundeskanzler in der Geschichte der Bundesrepublik wirklich? Erweist er sich als ein selbstsicherer, seines Kurses bewußter, seine Mannschaft zusammenhaltender Steuermann? Die parlamentarische Opposition, guten demokratischen Gepflogenheiten entsprechend, gab dem Nachfolger Adenauers eine faire Chance, sie bedachte ihn zwar nicht mit Vorschußlorbeeren, nahm jedoch eine wohlwollende Abwartestellung ein. Wie benutzte der neue Mann im Palais Schaumborg die Zeit seit seiner Amtsübernahme?

Fritz Erler, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, zog in einer glänzenden Analyse die Bilanz einer halbjährigen Regierungstätigkeit. Lichtblicke hat sie nicht aufzuweisen, die Minuspunkte überwiegen. Gewiß, niemand von der Opposition erwartete, Bundeskanzler Erhard könne Wunderdinge tun, lang Versäumtes in einem Zuge nachholen und die verrostete Regierungsmaschinerie auf Hochglanz bringen. Doch was sie mit gutem Recht erwartete, war, daß wenigstens Teile der Erbschaft Adenauers abgetragen werden, daß bedrückende Lähmungerscheinungen einer auf die Zukunft gerichteten Aktivität weichen und - in einigen Bereichen unserer Innenpolitik - und dies im weitestem Sinne - den vorangegangenen Regierungserklärungen Taten folgen werden. Es blieb nur bei wortreichen Verströtungen.

Das Dilemma für die CDU/CSU besteht darin, daß sich zum ersten Male seit Bestehen der Bundesrepublik die Möglichkeit eines Regierungswechsels andeutet. Die politische Grundströmung in unserer Volke kommt eher der Sozialdemokratie entgegen. Diese für die CDU/CSU neue und unbequeme Tatsache macht sie nervös, und auch dem Bundeskanzler, der nur deshalb ins Palais Schaumborg kam, weil in ihm die CDU/CSU eine Wahlkampflokomotive sah, bereitet sie unruhige, seinem Selbstgefühl abträgliche Stunden. Auf dem Parteitag seiner Partei in Hannover legte er den Mantel eines über der Parteien stehenden Volkskanzlers ab und zog den Harnisch eines Wahlkämpfers an. Wir befinden uns seitdem im Vorfeld der Bundestagswahlen für das Jahr 1965.

In der Außenpolitik gibt es zwischen den großen Parteien keine wesentlichen Gegensätze. Der Schwerpunkt der bevorstehenden Auseinandersetzungen liegt auf innenpolitischem Gebiet, und auf diesem ist die Schonfrist für den Bundeskanzler abgelaufen. Hier wird er sich zu stellen haben, hier wird seine Achillesferse sichtbar. Niemand kann wohl bestreiten: dem Dritten Kabinett in der vierten Periode des Deutschen Bundestages fehlt der klare, überzeugende politische Führungswille. Ein Mann, der es fertig bringt, in der Kontroverse zwischen Schröder und Strauß eine Haltung einzunehmen, die beider Seiten den Anschein gibt, vom Bundeskanzler gedeckt zu sein, verliert an klarem Profil. Ein Mann, der Preisstabilität und Maßhalten predigt, aber kein öffentliches Wort der Verurteilung eines Antrages von 115 Mitgliedern seiner Regierungskoalition findet, der käme er im Parlament durch, unsere Finanzen gründlich durcheinander bringen würde, mit all darin eingeschlossenen Gefahren für die Sicherheit unserer Währung, kann Anspruch auf Durchhaltevermögen mit Blick auf das Allgemeinwohl nicht erheben.

Das NEIN der Sozialdemokraten zum Haushalt des Bundeskanzlers Erhard findet seine Berechtigung in den offenliegenden Schwächen seiner Politik, für deren Festlegung Erhard verantwortlich zeichnet.

Theanolte Bähnisch

Niedersachsens Bevollmächtigte beim Bund verläßt Bonn

sp - Demnächst wird eine Frau "in den Ruhestand treten" und die provisorische Bundeshauptstadt verlassen, die viele Jahre mit Intelligenz, Charme, aber auch mit Zähigkeit die Interessen des Bundeslandes Niedersachsen beim Bund vertreten hat: Staatssekretärin Theanolte B ä h n i s c h, Bevollmächtigte des Landes Niedersachsen. Wer die kleine, lebendige Frau jemals bei ihrer Arbeit beobachten konnte, wußte genau, daß auf sie jede Charakterisierung zutrifft, die ihr der frühere verstorbene Ministerpräsident Niedersachsens, Hinrich Kopf, einmal zugebracht hat. "Die Thea läßt sich nicht die Butter vom Brot nehmen."

Theanolte Bähnisch hat als Frau "Geschichte" in der Verwaltung gemacht. Die westfälische Lehrertochter war die erste Referendarin in der preussischen Verwaltung. Schon 1923 wurde die junge Sozialdemokratin, gewissermaßen als Beispiel dafür, daß Frauen so tüchtig sein können, wie Männer, nach Berlin geholt. Man hatte sich in ihr nicht getäuscht. Theanolte Bähnischs Personalakte aus der damaliger Zeit weist eine große Anzahl Lobenswörter und beachtlicher Leistungen auf. 1933 wurde sie von den Nationalsozialisten selbstverständlich erlassen. Aber nur wenige Monate brauchte Theanolte Bähnisch, um sich in der neuen Situation durchzusetzen. Als Sozias eines Anwalts übernahm sie die Bearbeitung "politischer Fälle"; das heißt, sie intervenierte bei Behörden, rannte der Gestapo und dem Justizministerium die Türen ein, versteckte Gefährdete in ihrer westfälischen Heimat und wurde auf diese Weise für Unzählige der rettende Anker in Bedrängnis. Wenn Theanolte Bähnisch von dieser Zeit erzählt, tut sie es mit grimmigen Humor. Am meisten freut sie sich heute noch darüber, wenn sie gelegentlich eines schwierigen Ganges zu einer Behörde ihren Gesprächspartner darauf hinweisen konnte, daß sie als "blonde Westfälin und echte Arierin" einen Anspruch darauf habe, ihre Sache vorzutragen.

Nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 wurde Frau Bähnisch in Hannover die erste Regierungspräsidentin, die es jemals in Deutschland gegeben hat. Auch hier zeigte sie sich als die mutige Frau, die sie immer war, als Helferin der Bedrängten, die dann auch immer einen Ausweg wußte, wenn Not am Mann war. Die damaligen englischen Besatzungsoffiziere wissen ein Lied von der energischen Regierungspräsidentin zu singen, die sich stets unter Berufung auf ihre tadellose politische Vergangenheit schützend vor jene stellte, die aus ihrer Wohnung verdrängt werden sollten, oder ein anderes Unglück abwehren mußten. Mit Hinrich Kopf und Kurt Schumacher war Theanolte Bähnisch in enger Freundschaft verbunden.

In Bonn gehörte die Bevollmächtigte des Landes Niedersachsen zu den eifrigsten Verfechtern der Länderrechte. Mancher ihrer Kollegen konnte sich bei ihr Rat holen, und nicht selten gelang es ihr, die oft widerstrebenden Interessen von Bund und Ländern, aber auch die Interessen der Länder untereinander, auf einen Nenner zu bringen. Wo andere vergeblich mit Paragraphen antraten, auf Bestimmungen verwiesen und die Verwaltungsmaschinerie in Bewegung setzten, versuchte Theanolte Bähnisch im direkten Gespräch das ungelöste Problem einer Lösung näher zu bringen.

Theanolte Bähnisch geht jetzt, wie man so sagt, "in den Ruhestand." Natürlich läßt sie darüber. Denn für diese Frau wird es noch lange keine Ruhe geben. Auf sie warten schon neue Aufgaben, und deswegen ist der ihr zu Ehren demnächst veranstaltete Empfang in der niedersächsischen Landesvertretung kein Abschied.

"Frankfurter Programm"

Nach dem Kongreß der Europa-Union

sp - "Von der ausgereiften Gemeinschaft zum voll ausgebildeten Bundesstaat ist es nur ein Schritt." - Dieser Satz steht in den zwölf Thesen, die der 14. Kongreß der Europa-Union in Frankfurt aufgestellt hat. Mit ihren Thesen will die Europa-Union von Deutschland aus Schwierigkeiten überwinden helfen, die seit der eigenwilligen Haltung des französischen Staatspräsidenten de Gaulle die Weiterentwicklung einer zielbewußten Europa-Politik gefährden.

Es liegt in der Art einer Vereinigung wie der Europa-Union, daß sie versucht, über das sachlich Notwendige hinaus und die nüchterne Sprache der Experten verlassend, neue Hoffnungen zu entfachen, um das etwas Leck gewordene Europa-Schiff wieder flott zu machen. Die Europa-Union wird in ihren Bemühungen nicht nur von den großen politischen Parteien unterstützt, sie findet auch stets wieder neue motorische Kräfte in der Wirtschaft und im Kulturleben unseres Volkes; aber auch von der Jugend, was besonders wichtig ist, empfängt sie neue Impulse.

Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn der Frankfurter Kongreß mit seinen zwölf Thesen weit nach vorn greift, daß er jeder Art von Nationalismus den Kampf ansagt und sich allen Versuchen widersetzt, das längst überholte System eines Europa der souveränen Staaten neu zu beleben. Ohne Unterschied der Parteirichtung wurde von allen Rednern die enge Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA gefördert. Der Begriff "Atlantische Partnerschaft", in der die USA und die Vereinigten Staaten von Europa als Einheit gesehen werden, soll die Voraussetzung "in Vordringen zu einer besseren Welt des Friedens, der Freiheit und der Gerechtigkeit" sein. - Es ist bemerkenswert, daß der Frankfurter Kongreß die Bildung eines demokratischen europäischen Bundesstaates gefordert hat, der eine übergeordnete Souveränität mit eigenen Organen, einer europäischen Regierung, einem europäischen Parlament und einem europäischen Obersten Gericht haben soll.

Zu den aktuellen Schwierigkeiten der europäischen Gemeinschaften - Montan-Union, EWG und Euratom - wird erklärt, daß deren Überwindung nur möglich sei, wenn man zu einer gemeinsamen Außenpolitik und Verteidigung kommen werde; auch die anderen Aktivitäten der europäischen Nationen müßten zu einem breiten Strom des gemeinsamen Willens zusammengeführt werden. Dazu gehören direkte Wähler zum Europäischen Parlament und die Demokratisierung der Gemeinschaften.

Am Rande des Frankfurter Kongresses wurde gelegentlich die Frage gestellt, welchen Wert derartige Veranstaltungen haben, wenn man nicht gewiß sei, daß die hier verabschiedeten Entschliessungen ihren unmittelbaren Ausdruck in der praktischen Europa-Politik finden werden. Theoretisch mag eine solche Überlegung richtig sein; und doch geht sie an der Sache vorbei. Die Europa-Union war und ist eine starke Quelle des Antriebs aller Kräfte in Richtung auf die Überwindung nationalstaatlichen Denkens. Was auf ihren Kongressen gesagt und gefordert wird, findet früher oder später auch dort seinen Niederschlag, wo praktische Politik gemacht wird. Das hat die Vergangenheit gezeigt. So will sich die Europa-Union auch verstanden wissen, zumal ihre führenden Frauen und Männer ja selbst vielfach an irgendeinem Hebel der Europa-Politik in Straßburg, Luxemburg oder Brüssel sitzen und außerdem noch im Deutschen Bundestag an der Gestaltung eines Vereinten Europa mitwirken.

Ein mutiges Wort

Kein Unterschlupf für den Terror

Von Otto Fielhauer, - Wien

Ein abgewogenes Urteil über die heute etwas entspannte Lage in Südtirol brachte der Verfasser dieser Zeilen in der "Wiener Arbeiterzeitung". Er wendet sich gegen jeden Terror, von welcher Seite er auch immer kommen möge. Die Terroristen sabotieren die so notwendige Verständigung, sie machen es den Gutwilligen auf beiden Seiten schwer, zu vernünftigen Lösungen zu kommen. Wie es nun aussieht, haben die Extremisten freilich am Boden verloren, sie sind eine recht kleine und isolierte Minderheit. * * * Die Redaktion

Die Teilung Tirols im Jahre 1918 ist bis heute unvergessen und bedrückend geblieben. Nicht nur, weil alte historische Bindungen gelöst wurden, sondern vor allem, weil 230.000 Südtiroler noch immer bei der Pflege ihrer Kultur und in wirtschaftlichen Fragen stark benachteiligt werden. Keine Spur des Mitgefühls für unsere Südtiroler Landsleute sollte jedoch an jene beiden Terroristenführer verschwendet werden, die dieser Tage endlich von der österreichischen Polizei festgenommen wurden.

Die von Georg Klotz und Alois Amplatz geplanten Anschläge mögen vielleicht einige halbwüchsige Karl-May-Leser faszinieren. Darüber hinaus aber muß man erkennen, daß die beiden "Bombenwerfer aus Leidenschaft" in Wahrheit zu den schlimmsten Feinden des Südtiroler Volkes zählen.

Denn nur Narren konnten glauben, daß man das 50-Millionen-Volk Italiens mit Gewalt zur Freigabe Südtirols oder auch nur zu Konzessionen zwingen hätte können. Und nur unverbesserliche Anhänger der Gewaltmethoden von einst konnten überhaupt die Anwendung von Gewalt in unserem Kontinent wünschen.

Besonders bedenklich aber wurden diese Terroranschläge durch die Zeitpunkte, in denen sie stattfanden. Keiner dieser Helden oder ihrer Anstifter warf Bomben, als die Südtiroler unter Mussolini wirklich brutal unterdrückt wurden. Nein, damals waren sie ja auch in der Division "Brandenburg" viel zu sehr damit beschäftigt, selbst fremde Völker zu unterdrücken. Auch nach dem Krieg regte sich lange noch nichts. Erst in dem Augenblick, als sich endlich Verhandlungen zwischen Österreich und Italien über eine vernünftige menschliche Lösung der Probleme ankündeten, ließen sie in der Feuernacht vom '61 schlagartig überall zugleich Elektromaste hochgehen.

Während die Herren Schützenmajore sich dann in Österreich vor ihrem Mut erholten und pompöse Interviews gaben, waren die Leidtragenden zunächst kleine Südtiroler Bauernburschen, die sich von ihnen betören ließen, mitsprengten und nun im Kailänder Prozeß wahrscheinlich harten Strafen entgegensehen. Wenn Amplatz, wie er angekündigt hatte, wirklich auf die Urteile mit neuen Anschlägen antworten hätte können, wäre ihr Los wahrscheinlich noch schlimmer, denn dann würde Italien mit Amnestien zögern.

Leidtragend war aber schließlich das ganze Südtiroler Volk. Nicht nur, daß die italienische Polizei noch härter wurde, nicht nur, daß der Fremdenverkehr zusammenbrach: Nein, der wichtigste Anwalt Südtirols, nämlich Österreich, verlor bei den Verhandlungen mit Italien an Glaubwürdigkeit - und zwar mit jedem Male mehr, in dem ein solcher Schützenmajor nach waghalsiger Flucht vor seinem letzten "Einsatz" wieder in Innsbruck ankam und sich mit seinen neuesten Maschinenpistolen von Illustrierten photographieren ließ.

Das war schon bisher unangenehm, ist aber jetzt vollends unerträglich, da der Bericht der Keunznerkommission, der nach zweijähriger Arbeit veröffentlicht wurde, neue Hoffnung auf friedliche Verständigung geben soll. Der Kommissionsvorsitzende Paolo Rossi hat dieser Tage in anerkennenswerter Weise zugegeben, daß Rom in Südtirol mangelndes Einfühlungsvermögen zeigte und viele Fehler beging. In einem solchen Augenblick also wollten die Terroristen wieder die "mit Spenden aus Südtirol, Deutschland, Amerika und Österreich" bezahlten Waffen sprechen lassen und der Welt glauben machen, daß alle Tiroler so einsichtslos seien, wie sie, die kleine Kinderheit.

Hier haben die österreichischen Behörden rechtzeitig eingegriffen und das Schlimmste verhindert. Ob es möglich sein wird, diese Bombenwerfer endlich auch vor Gericht zu stellen, ist noch ungewiß. Aber das Entscheidende ist getan: Österreich hat jedes Mißverständnis über sein Verhältnis zu Männern des Terrors für die Zukunft unmöglich gemacht."